

## Was bleibt, ist die Ohrfeige für das städtische Personal

Mit der Abnahme der Rechnung 2011 ziehen wir den Schlusstrich unter eine finanzpolitische Posse. Mit ihrer pauschalen Budgetrückweisung hat die bürgerliche Allianz die Verwaltung im Winter 2010/2011 ein halbes Jahr lang in Atem gehalten. Unmittelbar nach der Verabschiedung des überarbeiteten Budgets ist das grosse Bündnis mit viel Krach auseinandergelassen. Heute halten wir Rückschau.

Mit drei Massnahmen hat Martin Vollenwyder im Winter 10/11 die Wünsche der rechten Kraftmeier (es waren wirklich nur Männer) erfüllt:

- Der Finanzvorstand hat erstens die Ertragsprognosen nach oben korrigiert. Wegen diesen Verschönerungen weist die Stadt 2011 erstmals seit dem Crash-Jahr 2007 wieder weniger Einnahmen aus, als budgetiert worden sind.
- Der Finanzvorstand hat zweitens der Verwaltung mit Pauschalkürzungen auf den üblichen Konten ein Programm verordnet, das angesichts des im Budget 1 ausgewiesenen Minus wohl nötig war. Laut erstaunlich einhelligen Aussagen aus den Dienstabteilungen hat man von diesen Sparmassnahmen in der Praxis kaum etwas bemerkt.
- Der Finanzvorstand – der auch oberster Personalchef der Stadt ist – hat als Drittes dem Personal den Gürtel enger geschnallt.

Die 70 Millionen, die er den Städtischen im Auftrag von SVP, FDP, GLP, CVP und EVP abgeknöpft hat, sind das, was von der gross angekündigten Rückweisung bleibt: Eine Ohrfeige für 25'000 Angestellte, die trotz der vom Stadtrat im Jahr 2012 eingestellten Zusatzausgaben nachhaltige Wirkung zeigt. Die Kosten einer verfehlten Personalpolitik des Gemeinderates werden selten direkt sichtbar. Dass sie höher sind, als die nicht ausgegebenen 70 Millionen Franken, wird jedoch kaum jemand bestreiten.

Die AL hat im Dezember 2010 den Vorschlag gemacht, statt der bürgerlichen Rosskur eine moderate Budgetverbesserung ohne „Gürtel-enger-Schnallen“ in Auftrag zu geben. Der Rückblick auf unseren damaligen Kompromissvorschlag, der hüben und drüben auf Ablehnung stiess, bestärkt uns in unserer finanzpolitischen Grundhaltung.

Anzumerken bleiben zwei Dinge:

1. Die AL und die finanzpolitisch vernünftige Mehrheit des Gemeinderates hat mit dem Gemeindereferendum gegen die kantonale Unternehmenssteuerreform der Stadtkasse mehr Gutes getan hat als die bürgerliche Sparkoalition. Dank dem Referendum gegen die Abschaffung der Kapitalsteuer hat die Rechnung der Stadt in den Jahren 2011 und 2012 um je rund 30 Millionen Franken besser abgeschnitten, als von SVP und FDP vorgesehen. Nach dem Abstimmungswochenende vom 17. Juni sieht es ganz danach aus, dass das auch so bleiben wird.
2. Am 25. November gilt es, den nächsten bürgerlichen Angriff auf die städtischen Finanzen abzuwehren. Der Kahlschlag bei der Grundstückgewinnsteuer, die das HEV-Orchester von FDP, SVP und CVP im Kantonsrat durchgewürgt hat, würde der Stadtkasse jährlich weitere rund 30 Millionen Franken entziehen.

20.6.2012